

Halbjahres-Update: Staatlicher Einfluss steigt

Besondere Ereignisse wie die Corona-Pandemie sind für das gesellschaftliche Zusammenleben sehr einschneidend. Im Gegensatz zur landläufigen Annahme zeigt eine Analyse vergangener Fälle allerdings, dass besondere Vorkommnisse kaum direkten Einfluss auf grundlegende Veränderungen haben. Sie beschleunigen lediglich vorgezeichnete Entwicklungen. So folgt auf der aktuellen Pandemie mit begleitender Wirtschaftskrise in den meisten Ländern eine verstärkte Steuerung durch die Regierungen. Die Indikatoren staatlicher Einflussnahme steigen und mit ihnen die Relevanz der Legislative auf die Märkte. Diese langfristig anhaltende Entwicklung ist nicht neu, muss bei der Bewertung der Zukunft aber unbedingt beachtet werden. SARS-COV2 wird wohl als Musterbeispiel in die Geschichte eingehen.

Die aktuelle Kernfrage ist, inwieweit die Corona-Pandemie die Zukunft beeinflusst. Das Modell der GEN Zukunftsanalyse® betrachtet vorrangig zwei direkte und eine indirekte Einflussgröße. Ereignissen wie der Pandemie haben eine indirekte Relevanz. Sie dienen in der Regel als Beschleuniger von Entwicklungen. Die direkten Einflussgrößen sind das Kosten-Nutzen-Verhältnis aus Sicht der Mitglieder einer Gesellschaften und reglementarischen Vorgaben wie Gesetze und Verordnungen. Der aktuell vorliegende Fall von SARS-COV2 kann als Musterbeispiel für solche Zusammenhänge betrachtet werden.

Die Pandemie führt zu einer Ausweitung des staatlichen Einflusses. Weltweit greifen die Autoritäten durch Vorschriften, Gesetze oder Aktionen in das Zusammenleben ein. Allein in Deutschland wurden in Zusammenhang mit SARS-COV2 zwanzig Gesetze und

vierzehn Verordnungen erlassen, darunter auch ein verschärftes Pandemiegesetz. Mit einer rückwirkenden Änderung der Rechtslage wurde zudem ein rechtstaatliches Grundprinzip berührt. Ein Gesetz in Polen zur Neuregelung der Rechtsposition von Unternehmern macht gleichzeitig die Auslegung des Gesetzes von der Interessenlage des Staates abhängig. Ungarn gab sich ein Notstandsgesetz, dass das Parlament mittels Dekrete außer Funktion setzt. USA, Russland, Türkei und China sind aufgrund der politischen Lage diesbezüglich aktuell nicht bewertbar. China nutze aber beispielsweise die Zeit, um seine Probleme in Hongkong über ein Sicherheitsgesetz zu lösen, das die Meinungsfreiheit einschränken kann und Russland setzte eine umstrittene Verfassungsänderung durch.

Mit steigendem staatlichen Einfluss auf das Zusammenleben in der Gemeinschaft wächst die Relevanz der Politik für die wirtschaftlichen Märkte. Während Polen den Handlungsspielraum staatlicher Interessen und gleichzeitig die Rechtsfreiheit von Unternehmern steigert, reglementieren die meisten anderen Regierungen der EU gezielt die Marktmechanismen durch gezielte Staatsförderung, Einschränkung der unternehmerischen Handlungsfreiheit und einer Erhöhung der Staatsquote. Problematisch für Europa ist sicherlich die unterschiedliche Intensität, mit der nationale Interessen und Eigenarten staatlich gefördert werden. Der Aufwand für Lobbyismus steigt im Gleichschritt mit den Kosten für die Absicherung vor weltweiten politischen Risiken.

Märkte mit einem ausgeprägten staatlichen Einflussfaktor, wie Arbeitsrecht, Umwelt, Lebensmittel- oder Arzneimittelrecht müssen in den nächsten Jahren auf diese Faktoren besonders reagieren. Es hilft, sich die Frage nach dem Nutzen für die jeweils Regierenden zu stellen. Gleichzeitig werden die Chancen für Lobbyismus und öffentlicher Meinungsbildung erhöht. Dabei kommt den Branchenverbänden in Zukunft eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. In der langfristigen Betrachtung hat Lobbyismus alleine heutzutage einen überraschend geringen Einfluss. Man

möchte meinen, dass dies positiv zu bewerten ist. Leider liegt die Ursache aber in einer Reduktion der Sachlichkeit politischer Entscheidungen. Dadurch sinkt der Bedarf an Informationstransfer, der mit der Lobbyarbeit einhergeht. Zur langfristigen Einflussnahme bedarf es mittlerweile einer Kombination aus Lobbying und Public Relation. Über die öffentlichkeitswirksame Platzierung von Informationen erreicht der Lobbyist eine Überschneidung von wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Es bleibt die Frage, ob es sich bei den Beobachtungen eine Veränderung der Tendenzen handelt. Dies kann eindeutig verneint werden. Alle beschriebenen Maßnahmen sind eine Fortsetzung von vor der Pandemie eingesetzter Tendenzen. Ohne die Pandemie wären sie später und langsamer umgesetzt worden. Hier hat die COVID-19 einen perfekten Anlass gegeben, die Maßnahmen als dringend notwendig darzustellen und Entwicklungen zu beschleunigen.

Weiter Informationen unter:

wgzf
wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Zukunftsforschung
Postfach 71 01 21
81451 München
info@wgzf.de
Fax +49-89-30 65 74 53